

THE MELAMMU PROJECT

<http://www.aakkl.helsinki.fi/melammu/>



“Konkurrierende Theorien der Geldentstehung. Einige Überlegungen zur Vereinbarkeit”

ENGELBERT THEURL

Published in Melammu Symposia 5:

Robert Rollinger and Christoph Ulf (eds.),

Commerce and Monetary Systems in the Ancient World.

Means of Transmission and Cultural Interaction.

Proceedings of the Fifth Annual Symposium of the

Assyrian and Babylonian Intellectual Heritage Project.

Held in Innsbruck, Austria, October 3rd-8th, 2002

(Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2004), pp. 33-53.

Publisher: <http://www.steiner-verlag.de/>

This article was downloaded from the website of the Melammu Project:

<http://www.aakkl.helsinki.fi/melammu/>

The Melammu Project investigates the continuity, transformation and diffusion of Mesopotamian culture throughout the ancient world. A central objective of the project is to create an electronic database collecting the relevant textual, art-historical, archaeological, ethnographic and linguistic evidence, which is available on the website, alongside bibliographies of relevant themes. In addition, the project organizes symposia focusing on different aspects of cultural continuity and evolution in the ancient world.

The Digital Library available at the website of the Melammu Project contains articles from the *Melammu Symposia* volumes, as well as related essays. All downloads at this website are freely available for personal, non-commercial use. Commercial use is strictly prohibited. For inquiries, please contact melammu-db@helsinki.fi.

KONKURRIERENDE THEORIEN DER GELDENTSTEHUNG: EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUR VEREINBARKEIT¹

Engelbert Theurl

1. Problemstellung

Die Erklärung der Entstehung und der Entwicklung von Geld sind herausfordernde Fragestellungen der Geldtheorie und Geldgeschichte. Beginnend mit Aristoteles wurden von Autoren wie Adam Smith, James Steuart, Carl Menger, Georg Friedrich Knapp, John Maynard Keynes, Milton Friedman, Bernhard Laum, Josef Schumpeter sowie Karl Brunner – um nur einige wichtige Vertreter zu nennen – unterschiedliche Erklärungsansätze angeboten. Zum Teil lassen sich die Unterschiede in den Theorien auf unterschiedliche Abgrenzungen von Geld und seine Funktionen, sowie auf eine unzureichende Trennung von Geldentstehung einerseits und den Geldfunktionen (Geldgebrauch) andererseits zurückführen. So stellen beispielsweise einzelne Autoren die Geldentstehung (z.B. die Schaffung von Buchgeld über Kreditvergabe) als einen eher technischen Vorgang in den Vordergrund ihrer Betrachtungen, während andere Autoren die Geldentstehung systemfunktionalistisch im Luhmann'schen Sinne (Vgl. Luhmann, 1994) begreifen.

Innerhalb der verschiedenen ökonomischen Ansätze zur Geldentstehung und –entwicklung hat die Transaktionskostentheorie der Geldentstehung in den letzten Jahrzehnten ohne Zweifel den größten Einfluss ausgeübt. Die Verwendung von Geld senkt die Kosten des wirtschaftlichen Verkehrs. Diese Theorierichtung hat ihren Ausgangspunkt im wesentlichen in der Rolle von Geld als Tauschmittel, während die Funktionen der Wertaufbewahrung und der Recheneinheit nur peripher behandelt werden. Diese Theorie der Geldentstehung kann dogmengeschichtlich in einen breiteren Theoriestrang innerhalb der Ökonomik eingeordnet werden, nämlich in die Neue Institutionelle Ökonomik, wenngleich die Entwicklung der Transaktionskostentheorie des Geldes weitgehend unabhängig erfolgte. Das Forschungsprogramm der Neue Institutionenökonomik versucht mit Hilfe von Transaktionskosten die Herausbildung und die Dynamik von Institutionen zu erklären. Sie versucht damit eine generelle Theorie der Entstehung und Wirkung von Institutionen anzubieten. Soziale und ökonomische Institutionen wie der Staat, Geschäftspraktiken, ethische Spielregeln in ökonomischen Beziehungen, etc. werden in dieser verallgemeinerten Theorie als Mechanismen gesehen, um die Kosten im Austausch von Gütern, Ressourcen und ökonomischen Rechten zu reduzieren und damit zu einer Wohlfahrtssteigerung beizutragen.

Die Neue Institutionenökonomik ist sich aber insbesondere in ihren neueren Arbeiten (Vgl. beispielsweise North 1992, S. 43 ff.) bewusst, dass die Wahrscheinlichkeit der Herausbildung von transaktionskostenminimalen Arrangements im institutionellen Design sehr entscheidend von den Rahmenbedingungen der Institutionenwahl abhängt. Sie betont im weiteren auch die Bedeutung informeller

1 Ich bedanke mich bei Theresia Theurl für wertvolle Anregungen.

Institutionen als Alternative und/oder Ergänzung zu formellen Institutionen und erkennt auch die Bedeutung der Transaktionsatmosphäre (z.B. die Rolle von Vertrauen zwischen den Transaktionspartnern) für die Herausbildung und Funktionsfähigkeit von Transaktionsregimen. Letztlich hat damit im Zuge der Entwicklung der Neuen Institutionenökonomik eine Erweiterung des Betrachtungsrahmens stattgefunden.

Dies macht es besonders reizvoll, die Transaktionskostentheorie des Geldes mit Theorien zu konfrontieren, welche Geld aus anderen Ursachenkonstellationen heraus zu erklären versuchen. Eine solche vermeintlich konträre Position wurde von Bernhard Laum in seinem 1924 erschienenen Buch „Heiliges Geld - Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes“ formuliert. Laum betont in seiner Analyse besonders den sakralen Ursprung des Geldes.

In den nachfolgenden Ausführungen sollen 1. die historische Entwicklung der Transaktionskostentheorie des Geldes nachgezeichnet und wesentliche Theorieelemente dargestellt werden, 2. der Erklärungsansatz von Bernhard Laum vorgestellt werden und schließlich 3. analysiert werden, inwieweit eine Versöhnung des Transaktionskostenansatzes des Geldes mit dem Erklärungsansatz von Bernhard Laum möglich ist.

2. Ein Abriss der Entwicklung der Transaktionskostentheorie des Geldes

Die heute in den Wirtschaftswissenschaften dominierende Sicht der Geldentstehung, nämlich die Transaktionskostentheorie des Geldes, hat ihren Ausgangspunkt bei Aristoteles. Er formuliert im 9. Kapitel des Ersten Buches der Politik: „Der Tauschhandel kann bei allen Dingen stattfinden und hat zuerst mit dem was naturgemäß ist, angefangen, in dem die Menschen von der einen Art von Produkten mehr, von der anderen weniger hatten, als sie brauchten: (...) Ein solcher Tauschhandel (...) ist weder gegen die Natur, noch ist er eine Art des Gelderwerbs. Er diente zur Ergänzung und Vervollständigung des natürlichen Selbstgenügens. Es lag aber nahe, dass sich aus ihm jene Kunst des Gelderwerbes entwickelte. Als nämlich die durch die Einfuhr des Bedarfs und Ausfuhr des Überflusses gewonnene Hilfe sich nach immer ferneren Ländern ausdehnte, musste notwendig das Geld in Gebrauch kommen, da nicht alle Naturalbedürfnisse leicht zu transportieren waren. Man kam daher überein, behufs Tausches gegenseitig eine Sache zu geben und anzunehmen, die selbst zu den nützlichen Dingen zählt und bei ihrer Verwendung im Verkehr am leichtesten zu handhaben war, wie es z.B. Eisen, Silber und dergleichen ist. Zuerst bestimmte man sie einfach nach Größe und Gewicht, schließlich aber drückte man ihr ein Zeichen auf, um sich das Messen und Wägen zu ersparen, indem die Prägung als Zeichen ihrer Quantität galt“ (Arist. pol. 1257a15-40). Die Tauschtheorie des Geldes bei Aristoteles ist damit eingebettet in die wichtige Unterscheidung zwischen dem naturgemäßen Ergänzungshandel und dem naturfremden Kapitalerwerbswesen. Aristoteles betont in seiner Gelderklärung in erster Linie die Transportkosten im Rahmen des Exporthandels. Die Senkung der

Transaktionskosten in der Geldverwendung wird durch die Prägung und damit die Fixierung des Geldwertes erreicht.

Adam Smith führt den Gedankengang von Aristoteles weiter und modifiziert ihn entsprechend. „Als jedoch die Arbeitsteilung eingesetzt hatte, muss dieses Tauschvermögen entschieden behindert und gehemmt worden sein. (...). Der Schlachter hat mehr Fleisch in seinem Laden, als er selbst konsumieren kann, und der Brauer und der Bäcker möchten gern einen Teil davon kaufen. Aber sie haben nichts zum Tausch anzubieten als die verschiedenen Produkte ihrer Gewerbe.(...) Um die Unbequemlichkeit einer solchen Situation zu vermeiden, wird jeder kluge Mensch zu allen Zeiten (...) natürlich bemüht gewesen sein, sich so einzurichten, dass er außer dem besonderen Produkt seines eigenen Gewerbes noch eine bestimmte Menge der einen oder anderen Ware bereithielt, von der er annehmen konnte, dass nur wenige Leute sie im Tausch gegen das Produkt ihres Gewerbes zurückweisen würden. Mancherlei verschiedene Waren sind vermutlich nacheinander ins Auge gefasst und zu diesem Zweck verwendet worden. (...) Indessen scheint es, dass die Menschen in allen Ländern durch unwiderstehliche Gründe dahin gebracht wurden, für diesen Zweck den Metallen vor jeder anderen Ware den Vorzug zu geben. (...) Die Unbequemlichkeit und Schwierigkeit, jene Metalle mit Genauigkeit zu wägen, gab die Veranlassung zur Verfertigung von Münzen (...). Auf diese Weise ist das Geld bei allen zivilisierten Nationen das universelle Handelsinstrument geworden, durch dessen Mittlerfunktion Güter aller Art gekauft und verkauft oder gegeneinander ausgetauscht werden“ (Smith, 1776, S. 22 - 28). Indem A. Smith die Arbeitsteilung betont, stellt er das Koinzidenzproblem im Rahmen des Realtauses als ubiquitäres Problem dar. Klarer als dies bei Aristoteles der Fall ist, löst A. Smith die Tauschtheorie des Geldes von ihren historischen Zusammenhängen und trägt damit zur Enthistorisierung der Theorie bei.

Im Rahmen der österreichischen Schule der Nationalökonomik hat sich insbesondere Carl Menger mit der Geldentstehung auseinandergesetzt. Ähnlich wie Aristoteles und A. Smith betont Menger die Erfindung des Geldes als Medium der Tauscherleichterung. Der spezielle Aspekt der Menger'schen Theorie liegt jedoch in der Betonung der besonderen Form der Geldherausbildung. Menger betont die evolutorische Entwicklung des Geldes und sieht Geld als unintendiertes Ergebnis menschlichen Handelns. Geld wird „als sociale Institution, als das unreflectirte Ergebnis, als die unbeabsichtigte Resultante specifischer Bestrebungen der Mitglieder einer Gesellschaft“ (Menger, 1909, S. 555) angesehen. Die Theorie von Menger wendet sich damit im engeren Sinne gegen jene Erklärungsansätze der Geldentstehung, die „Geld als intendiertes Geschöpf der Rechtsordnung“ begreifen. Damit ist insbesondere die „Staatstheorie der Geldentstehung“ bei Gustav Knapp angesprochen. Seine Theorie der sozialen Evolution von Institutionen ist damit aber auch als Gegenentwurf zu den verschiedenen Varianten einer rationalistischen oder konstruktivistischen Ordnungstheorie, wie sie einerseits in der von Descartes und Voltaire inspirierten französischen Aufklärungs- und Staatsphilosophie formuliert wurde und wie sie andererseits für die deutsche Philosophie des Idealismus, dem Marxismus aber auch die in der Tradition von Hobbes stehenden fiktiven Vertragstheorien, einschließlich des konstruktivistischen Utilitarismus, charakteristisch ist. Diese Sichtweise lässt sich anschaulich mit dem

rakteristisch ist. Diese Sichtweise lässt sich anschaulich mit dem folgenden Zitat Menger's untermauern. „Die sogen. socialen Organismen vermögen dagegen schlechterdings nicht als das Product rein mechanischer Kraftwirkungen aufgefasst und interpretiert zu werden; sie sind vielmehr das Ergebnis menschlicher Bestrebungen, der Bestrebungen denkender, fühlender, handelnder Menschen. Wenn demnach von einem „organischen Ursprunge“ der Socialgebilde, oder, richtiger gesagt, eines Theiles dieser Letzteren überhaupt die Rede sein kann, so vermag sich dies lediglich auf den Umstand zu beziehen, dass ein Theil der Socialphänomene das Ergebnis des auf ihre Begründung gerichteten Gemeinwillens (der Uebereinkünfte, der positiven Gesetzgebung u. s. f.), ein anderer Theil dagegen das unreflectirte Ergebnis der auf die Erreichung wesentlicher individueller Zwecke gerichteten menschlichen Bestrebungen (die unbeabsichtigten Resultate dieser Letzteren) ist. (Menger 1883, S. 145)

Mit der Gelderklärung der Österreichischen Schule der Nationalökonomik wird der Weg, eine allgemeine Theorie der Geldentstehung zu formulieren, explizit beschritten. Diese Stoßrichtung wurde in den letzten 40 Jahren weiter verfolgt. Beispielhaft sei auf Darstellung bei Brunner/Meltzer eingegangen (Brunner/Meltzer, 1971, S. 784 ff.). Brunner/Meltzer sehen die Nachfrage nach Geld als abgeleitete Nachfrage aus den Funktionen von Geld.² Sie differenzieren dabei zwischen der Geldnachfrage aus der Perspektive eines einzelnen Transaktors und der gesellschaftlichen Nachfrage nach Geld. Ausgangspunkt der individuellen Nachfrage nach Geld sind die Bedingungen des Gütertauschs. Potentielle Transaktoren auf Märkten haben sehr unvollständige Informationen über Güterqualitäten, über den Ort und die Identität anderer Transaktoren, über die Streuung von Preisen. Die Verwendung von Geld stellt eine Möglichkeit dar, diese Unsicherheit zu reduzieren, den Gütertausch zu erleichtern und damit auszuweiten. Eine Möglichkeit besteht in der Einführung von Geld als Recheneinheit. Sie reduziert die Kosten des Gütervergleichs in ähnlicher Weise wie dies durch die Einführung von einheitlichen Maßeinheiten (Gewicht, Länge, Volumen, etc.) der Fall ist. Ein zweiter Weg der Reduktion von Unsicherheit besteht in der Tauschmittelfunktion des Geldes. Ein Individuum, das über eine Anfangsausstattung an Ressourcen verfügt, hat mehrere Möglichkeiten diese Anfangsausstattung in ein bevorzugtes

- 2 Die Geldnachfragetheorie bei Brunner/Meltzer baut primär auf der Geldfunktion „Tauschmedium“ auf. Diese Argumentation ist nicht unumstritten. So kann die transaktionskostensenkende Funktion des Geldes auch an der Rolle von Geld bei der Synchronisation von Einzahlungen und Auszahlungen festgemacht werden. Geld wird dann als eine zeitliche Verschiebung der Kaufkraft interpretiert. Allerdings erscheint klar, dass sich aus Optimalitätskalkülen unterschiedliche Assets ergeben werden, je nachdem welche Geldfunktion betont wird. Erweitert man die Tauschtheorie des Geldes um die intertemporale Dimension, dann kann damit direkt die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes angesprochen werden. Die Funktion der Wertaufbewahrung baut unmittelbar auf Spar- und Investitionsvorgängen auf. Intertemporale Transformationsmedien mit niedrigen Transaktionskosten sind damit ein wichtiges Stimulans für den Produktionsumweg Investition. Wirtschaftshistorisch begegnen wir mit dem Beginn des Ackerbaues zum ersten Mal dem Problem Produktionen vorzufinanzieren. Während die Finanzierung bei den Viehzüchtern noch aus der Vorleistung der Natur erfolgte, musste der Bauer mindestens ein halbes Jahr auf die Ernte warten.

Güterbündel zu transformieren: Produktion, Konsum, Tausch. Daneben hat der Transaktor noch zwei weitere Möglichkeiten. Er kann erstens die Ressourcen dafür verwenden, um seinen Informationsstand bezüglich des Gütertauses zu verbessern und er kann zweitens Ressourcen verwenden um Ketten von Realtauschakten zu organisieren. Ein rationales Individuum wird in der Wahl des optimalen Konsumplans versuchen, die optimale Sequenz von Transaktionen und das optimale Niveau an Information zu finden. Das optimale Ausmaß an Information ist dann gegeben, wenn der Grenznutzen des Konsumverzichts durch die bei der Informationssuche eingesetzten Ressourcen dem Grenznutzen der Informationsverbesserung entspricht. Das Informationsoptimum hängt von den Eigenschaften der getauschten Güter und von den Tauschkonditionen ab. In der Geldgeschichte hat es zahlreiche Entwicklungsstadien gegeben, in denen es zu einer Transformation der Geldordnung durch weitreichende Veränderungen in den Tauschmedien gekommen ist. Dahinter standen veränderte Ergebnisse des skizzierten Optimalitätskalküls. Die Herausbildung des Münzwesens ist eines der ältesten Beispiele dafür. Die Einführung von Kreditkarten in unterschiedlichen Formen ist eine neuere Ausprägung.

Ein allgemein akzeptiertes Tauschmedium wie Geld ist in der Lage, die Informationskosten von Gütertransaktionen zu senken. Daher stellt Geld für die Individuen ein Substitut für den Ressourceneinsatz in die Informationssuche dar. Die Verwendung von Geld erhöht die Wohlfahrt der Geldnutzer, da die Unsicherheit reduziert wird. Dies erfolgt über eine Verkürzung der Transaktionsketten für Güter, über eine Reduzierung der Preisvarianz und über die Freisetzung der Ressourcen für andere Zwecke. Diese einzelwirtschaftlichen Vorteile werden um Vorteile aus gesellschaftlicher Sicht ergänzt. „The use of money encourages the development of the market system by lowering the costs of acquiring information and transacting. With the expansion of the market, opportunities increase for professional middlemen and specialized traders to exploit the partial and incomplete distribution of information about particular commodities. Specialized traders substitute for a wider and more general distribution of information. The use of money also affects the intertemporal allocation of resources. Deferred payments, borrowing, credit and the payment system expand when a standardized asset with wellknown properties becomes available. The reason is that transactors become more willing to enter into contracts calling for deferred payments. The magnitude of the net social productivity of money is not constant but varies with the degree of uncertainty about market conditions, including exchange ratios and the quality of goods. (...) Our analysis implies that the demand for mediums of exchange is higher in periods of rapid change than in periods of gradual or relatively steady change” (Brunner/Meltzer, 1971, S. 800).

In einer stationären Welt oder in einer sich kontinuierlich verändernden Welt (steady state) sind keine Anpassungen notwendig oder die Anpassungspfade bekannt. Die Hauptgründe dafür, dass bestimmte Austauschmedien Informationskostenvorteile haben, sind daher gering. Dies ist in einer sich nicht vorhersehbar ändernden Welt gänzlich anders. Brunner/Meltzer machen dies am Beispiel der Hyperinflation deutlich. Eine Hyperinflation verändert das Optimalitätskalkül der

Geldhaltung, da die Tauschkonditionen sich beschleunigt verändern und die Unsicherheit steigt. Dies erhöht die Grenzproduktivität des Geldes. Andererseits erhöht aber die Inflation auch die Grenzkosten der Geldhaltung. Transaktoren haben daher einen Anreiz – unter Umgehung von Geld – Transaktionsketten zu suchen, innerhalb derer die „Inflationssteuer“ vermieden werden kann, auch wenn dadurch höhere Transaktionskosten in Kauf genommen werden müssen.

Aufbauend auf dieser Theorie gibt es keinen zwingenden Grund, dass eine Gesellschaft zu einem einzigen Austauschmedium konvergiert. Grundsätzlich können in Abhängigkeit von den Austauschbedingungen und dem Ausmaß der Unsicherheit verschiedene Assets als Austauschmedium herangezogen werden. Dem steht allerdings entgegen, dass Geld Netzwerkexternalitäten aufweist. Von solchen spricht man generell dann, wenn der Nutzen einer Person aus dem Konsum eines Gutes von der Zahl der anderen Konsumenten abhängt. Aus dieser Eigenschaft folgt, dass eine möglichst weite Verbreitung von Geld die wohlfahrtssteigernde Wirkung der Verwendung eines Austauschmediums maximiert. Sie kann normativ auch ein Grund dafür sein, dass dem Staat wesentliche Funktionen in der Ordnung des Geldwesens zuerkannt werden.

3. Die Erklärung der Geldentstehung bei Bernhard Laum

Der Darstellung des Erklärungsansatzes von Bernhard Laum (in der Folge BL) sind einige einleitende Bemerkungen voranzustellen. Das Buch ist ein Dokument der Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Historischen Schule der Nationalökonomie (Hildebrand, Roscher, Knies) und der „rein theoretischen Ökonomik“, wie sie insbesondere in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland geführt wurde. Konkret wendet sich BL gegen die Theorie der Geldentstehung von G. F. Knapp (Knapp, 1905, 1. Aufl.). Dazu BL wörtlich: „In der Wissenschaft vom Gelde herrscht die Theorie. Seitdem es eine rein theoretische Oekonomie gibt, also seit David Ricardo, ist gerade das Geld ein bevorzugter Gegenstand der theoretischen Forschung. Die Berücksichtigung historischer Geldformen trat mehr und mehr in den Hintergrund. Natürlich bilden die Vertreter der historischen Schule der Nationalökonomie (Bruno Hildebrand, Roscher und Knies) eine Ausnahme, sie haben die geschichtlichen Tatsachen im weitesten Umfange gesammelt und verwertet (vor allem Roscher); aber die historische Betrachtung des Geldes war nur eine Episode, die Tendenz zur Theorie wirkt weiter. Gerade in der Gegenwart ist die Emanzipation von den Tatsachen größer als je. Höhepunkt der rein theoretischen Einstellung ist das bekannte Buch von G. F. Knapp, Staatliche Theorie des Geldes, 4. Aufl. 1923. Knapp steht auf dem Standpunkt, dass die Form, in der das Geld historisch erscheint, nicht entscheidend sei für die Erkenntnis seines Wesens. Werkzeug der Wesenserkenntnis ist nach ihm lediglich das logische Denken; was auf logischem Wege als Geld erkannt wird, ist Geld, ob es in der Wirklichkeit vorhanden war, ist oder sein wird, ist Nebensache; denn nur ein Bruchteil der begrifflich möglichen Formen gelangt zur Verkörperung in der Erscheinungswelt. Das vorliegende Buch steht methodisch in Opposition zu den dort ausgesprochenen

Grundsätzen. Von den Tatsachen, von den historischen Geldformen ausgehend sucht dies Buch die Erkenntnis des Wesens des Geldes zu fördern“ (Laum 1924, S. 1).

Mit diesem Zitat wird die wissenschaftstheoretische Einordnung des Werkes von BL klar. BL unternimmt nicht den Versuch, eine allgemeine Theorie der Geldentstehung zu formulieren, sondern möchte historische Erkenntnisse mit theoretisch-ökonomischen Konzepten verknüpfen. Im folgenden wird – in der gebotenen Kürze – versucht, die wesentlichen Erklärungselemente bei BL nachzuzeichnen. „Historischer“ Ausgangspunkt der Betrachtung ist die homerische Gesellschaft. In dieser Gesellschaft identifiziert BL das Rind als wichtigsten Wertmesser (Laum 1924, S. 9). Die Herausbildung dieses Wertmessers ist aber nicht durch den Gütertausch entstanden, sondern entstammt dem religiös-kulturellen Bereich. Gegen die Herleitung des Wertmessers „Rind“ aus dem Tausch werden mehrere Einwände ins Treffen geführt. Der Rinderbesitz war einerseits auf die Adelligen beschränkt. Zudem erfüllt das Rind die Voraussetzung der Teilbarkeit nicht. Damit war eine wesentliche Voraussetzung für die soziale Akzeptanz dieses Gutes als allgemeines Tauschmittel im Binnenhandel durch langdauernde und stetige Praxis nicht erfüllt. Ähnliches gilt für den überregionalen Handel (Seehandel). Das Rind ist in diesem Zusammenhang ein Tauschgut neben anderen, erfüllt aber nicht die Funktion eines allgemeinen Tauschmittels. BL untermauert diese Argumentation noch damit, dass er auf das niedrige Niveau der Tauschbeziehungen in der homerischen Gesellschaft im allgemeinen verweist. Er geht vornehmlich von geschlossenen Hauswirtschaften mit selektivem Ergänzungshandel (Metalle, Luxusgüter) aus, ein Bild, das durch die neuere Forschung unterstützt wird (Vgl. beispielsweise Ulf 1990, S. 189).

Die Herausbildung des Wertmessers „Rind“ leitet sich aus dem Opfer ab. BL interpretiert das Opfer als Tauschbeziehung zwischen Menschen und Göttern. Die Auswahl eines geeigneten Opfertieres stellt für ihn einen Akt wirtschaftlichen Denkens dar. „Tiere derselben Gattung werden miteinander verglichen und aus dem Vergleich ihrer Merkmale ein Normaltypus geschaffen, der nun als qualitative Norm gilt. Es ist ein großer Schritt vorwärts von der rein gefühlsbetonten subjektiven Güterverschwendung im frühen Kult: dort Gütermassen, nicht in Beziehung gesetzt und gewertet, als Opfergaben, hier für die Opfergaben auf wertendes Urteil gebaute, festumrissene Normen, die sich in den Kultordnungen immer mehr objektivieren. Ich glaube schon hier den allgemeinen Satz aussprechen zu dürfen, dass im Kultus, nicht im Handel, der keinerlei Typisierung kennt, sondern rein individuell ist, die Güterwertung ihren Anfang genommen hat. Jedenfalls ist durch die Festsetzung des Opferritus zuerst der Normaltypus eines Gutes und damit die Möglichkeit der Stellvertretung geschaffen worden. Diese Entwicklung ist bereits in der homerischen Zeit so gut wie abgeschlossen“ (Laum 1924, S. 27).

Die Übertragung dieses im Kult herausgebildeten Wertmessers in das profane Leben erfolgt auf verschiedenen Wegen. Im Zuge der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung entstanden Priesterkasten, die ihre Leistungen nicht unentgeltlich zur Verfügung stellten, sondern vielfach ihre Monopolstellung ausnützten. „Womit wird nun die Dienstleistung der Priester entgolten, welches Gut dient als Zahlungs-

mittel? Das Rind! Und zwar ist das Rind Opferlohn für die Priester, weil es Opfergabe für die Götter war. (...) Das für uns wichtige Ergebnis ist, dass auf diesem Wege die für den kultischen Verkehr geschaffene Norm in den privaten Verkehr übergeht. Das Gut, das im Kult als Entgeltmittel dient, wird auch im privaten Verkehr als solches anerkannt und verwendet“ (Laum 1924, S. 43).

Einen zweiten Weg der Übertragung dieses Wertmessers sieht BL in den gemeinsamen öffentlichen Mahlzeiten. Diese stellen in der homerischen Gesellschaft für den Oikosherrn (Basileus) eine wichtige Möglichkeit und Verpflichtung, dar Gruppen, die in unterschiedlicher Weise zu seinem Wohlstand beigetragen haben, zu belohnen. Diese Gruppen können als in konzentrischen Kreisen angeordnet gesehen werden, die in abgestufter Weise (in der Jagd, im Krieg, auf Beutezügen) zu einem Gemeinschaftsgut beitragen. Es sind 1. die Angehörigen des Oikos, 2. die Gruppe der Hetairoi, die eng und in persönlichem Verhältnis an den Anführer gebunden sind, 3. die Basilees um einen Oberbasileus, 4. die Geronten bzw. der Demos, und 5. eine geringe Zahl an Personen, die nicht dem eigenen Ethnos angehören. (Vgl. Ulf 1990, S. 191). In diesen öffentlichen Mahlzeiten sieht BL den Ursprung der öffentlichen Finanzwirtschaft, sie stellen die einfachste Form des öffentlichen Haushalts dar. „Aus diesem Grunde sind die Formen, die sich hier bilden, auch für die Entstehung des Geldes von großer Bedeutung. Der König ist die Verkörperung des Staates. Sein persönlicher Haushalt ist vom staatlichen noch nicht geschieden. (...) Anteilnahme am Mahl ist Dienstentlohnung schlechthin. (...) Das Stück Braten ist also Entgeltmittel für dem Staate geleistete Arbeit“ (Laum 1924, S. 48/49). Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass das Fleisch an der Stelle, wo das Tier geopfert worden war, verzehrt wurde. Dies hat mit dem Charakter der gemeinsamen öffentlichen Mahlzeit zu tun. Es verhindert aber, dass der Anteil an Fleisch ein allgemeines Zahlungsmittel für ökonomische Transaktionen werden konnte.

Auch der Übergang vom Wertmesser „Naturalopfer“ zu „symbolischen“ Wertmessern (z.B. Münzen) wird von BL nicht mit Argumenten der Transaktionskostensenkung, sondern aus dem kulturell-religiösen Raum heraus erklärt. BL wählt dazu die Institution der „Stellvertretung“. Dies beschreibt Laum anschaulich am Beispiel der Entstehung des Münzgeldes. Eine Vorstufe, eine Vorbedingung für die Entstehung der Münze ist für ihn Idee der Stellvertretung, die ihrerseits in dem Vertrauen wurzelt, dass ein Sachobjekt durch ein Abbild ersetzt werden könnte. Es handelt sich um eine Überzeugung, die letztlich in magischen Vorstellungen gründet. Es ist daher nicht verwunderlich, dass diese Ersatzidee gerade im Opferwesen eine große Rolle spielt. BL interessiert nicht die Ablösung eines Lebewesens durch ein anderes, z. B. der Ersatz des Menschen durch ein Tieropfer. Wichtig für ihn jene Form der Stellvertretung, bei der ein lebendes Wesen durch ein totes Ding ersetzt wird, das eine Nachbildung des Originals darstellt. Im Kult hat der Ersatz des wertvollen Realgutes durch das wertlose Symbol seinen Ursprung und seinen Bedeutungszusammenhang; denn in der Magie gibt es für BL keinen Unterschied zwischen Objekt und Nachbildung: Realgut und Symbol sind in Wirkung und Geltung identisch. Erst die Übertragung der sakralen Formen

in den profanen Verkehr hat den Streit um das substantielle und funktionale Element des Geldes hervorgerufen (Laum 1924, S. 81 ff.).

Zusammenfassend zieht BL folgende Schlussfolgerungen aus seinen, auf induktivem Wege gewonnenen, Erkenntnissen:

- Der Ursprung des Geldes liegt im Kultus und nicht im profanen Tausch.
- Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung, wobei eine Übertragung aus der sakralen Rechtsordnung in die profane Rechtsordnung stattgefunden hat.
- Die Zahlungsmittelleigenschaft des Geldes ist historisch älter als die Tauschmittelfunktion, weil Tausch kein verbreitetes System der Güterzuteilung war.
- Die Funktion des Geldes als Wertmesser ist in der religiös-sakralen Sphäre entstanden.
- Der Staat ist deswegen Schöpfer des Geldes geworden, weil er auch Träger der religiös sakralen Sphäre war.

4. Zur Vereinbarkeit der beiden Ansätze

4.1. Ad hoc Vermittlungsversuche

Die vorgestellten Ansätze der Geldentstehung erscheinen *prima vista* unversöhnlich. Es erscheint daher besonders reizvoll, Überlegungen anzustellen, in welcher Verbindung die beiden Theorieansätze zueinander stehen, bzw. ob eventuell eine Verknüpfung der beiden Ansätze möglich erscheint. Diesbezügliche Überlegungen können m. E. auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen, die in der Folge skizziert werden sollen.

Eine erste Strategie könnte darin liegen, den Konflikt zwischen den beiden Ansätzen mit dem Hinweis aufzulösen, dass ihre Erkenntnisobjekte unterschiedlich sind. Während BL eine historische Erklärung für die Geldentstehung vorlegt, bietet die Transaktionskostentheorie eine allgemeine ahistorische Erklärungstheorie der Geldentstehung an. BL plädiert selbst für diese Form der Auflösung des Konfliktes, wenn er schreibt: „Der Theoretiker nimmt für seine deduktiven Sätze, weil ihre Ergebnisse auf „exaktem“ Wege gewonnen wurden, allgemeine Gültigkeit in Anspruch. Der Historiker ist bescheidener. Er wird nicht behaupten, dass Mengers Theorie nie und nirgends in der Realität verwirklicht sein könne (wäre der „homo oeconomicus“ der Gegenwart vor 3000 Jahren auf der Welt erschienen, er würde das Geld sicherlich Mengers rationalistischen Grundsätzen entsprechend erfunden haben.). Nur das behaupte ich, dass der historische Ursprung des Geldes der Theorie nicht entspricht. Ob dagegen die Ausbildung des Geldes überhaupt so und nicht anders vor sich gegangen sein müsse, wird nicht behauptet“ (Laum 1924, S. 160).

Diese Versöhnung ist m. E. nicht überzeugend und aus dem Theoriestand der damaligen Zeit heraus verständlich. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der Erklärungsanspruch allgemeiner Theorien der Geldentstehung. Verstehen sich diese Theorien als Gedankenexperimente, wie unter rationalen Individuen Geld

entstehen würde, dann ist der Widerspruch zu historischen Formen der Geldentstehung tatsächlich nicht gegeben. Dies ist jedoch zu relativieren, wenn diese Theorien dazu herangezogen werden, reale Erscheinungsformen der Geldentstehung zu erklären. Diese Theorien fungieren dann als theoretisches Modell, aus dem Hypothesen für die empirische Überprüfung abgeleitet werden. Ob hier eine Versöhnung möglich ist, hängt meines Erachtens wesentlich mit dem Erklärungsanspruch zusammen, der an Theorien gestellt wird. Wissenschaftstheoretisch lassen sich diesbezüglich unterschiedliche Positionen unterscheiden:

- Ökonomische Theorien sind a priori empirisch gültig (Apriorismus, insbesondere vertreten von vielen Mitgliedern der Österreichischen Schule der Nationalökonomie).³⁾
- Ökonomische Theorien sind empirisch nur gültig, wenn alle Bestandteile einer empirischen Überprüfung standhalten (Methodologische Position des Kritischen Rationalismus).
- Ökonomische Theorien sind auch gültig, wenn sie unüberprüfbare Annahmen enthalten.⁴⁾
- Ökonomische Theorien sind bei guter Prognoseleistung empirisch gültig (Instrumentalismus-These).⁵⁾

Unvereinbar erscheinen die Transaktionstheorie des Geldes und der Ansatz von Laum insbesondere dann, wenn man die beiden ersten Positionen vertritt.

Eine zweite Strategie der Vereinbarkeit könnte darin liegen, den Anfang des Prozesses der Herausbildung von Geld nicht system-funktionalistisch zu erklären. Eine Variante dieser Denkrichtung stellt die Theorie der „Spontanen Ordnung“ bei Hayek und anderen Vertretern der österreichischen Schule der Nationalökonomie dar (Vgl. beispielsweise Hayek 1973). Hayek wendet sich gegen den Ausschließlichkeitsanspruch des konstruktivistischen Rationalismus bei der Erklärung der Entstehung von Institutionen. „While the rules on which a spontaneous order rests, may also be of spontaneous origin, this need not always be the case ... and at

- 3 Es wird argumentiert, dass es möglich ist eine allgemeine Lehre vom menschlichen Handeln, die als Praxeologie bezeichnet wird, aus bloßem Denken aufgrund des Ursprungs des Handelns aus der Vernunft zu gewinnen. Wegen dieser Vernunftbegründung des menschlichen Handelns seien die durch widerpruch- und fehlerfreies Denken gewonnenen Sätze der Praxeologie nicht nur vollkommen sicher und unbestreitbar wie die Sätze der Mathematik; sie beziehen sich mit all ihrer Sicherheit und Unbestreitbarkeit auf das Handeln, wie es im Leben und in der Wirklichkeit geübt wird. Die Praxeologie vermittelt Wissen von den wirklichen Dingen.
- 4 Diese Position wird z.B. von der dialektisch-hermeneutisch vorgehenden Frankfurter Schule vertreten. Sozialwissenschaftliche Theorien sollen nicht auf den Bereich direkt überprüfbarer Aussagen reduziert werden.
- 5 In den Wirtschaftswissenschaften wird diese Position vor allem von M. Friedman vertreten. Friedman geht davon aus, dass das letzte Ziel einer erklärenden Wissenschaft die Entwicklung einer Theorie ist, „that yields valid and meaningful (i. e. not truistic) predictions about phenomena not yet observed.“ (Friedman 1953, S. 7). Aus dieser Zielbestimmung folgt der genannte instrumentalistische Bewertungsmaßstab für die empirische Geltung von Theorien; die Realitätsnähe der Annahmen, die der jeweiligen Theorie zugrunde liegen, spielt für diesen keine Rolle. „The only relevant test of the validity of a hypothesis is a comparison of its predictions with experience.“ (Friedman 1953, S. 8/9). In general, the more significant the theory, the more unrealistic the assumptions“ (Friedman 1953, S. 14).

it is at least conceivable that the formation of a spontaneous order relies entirely on rules that were deliberately made. The spontaneous character of the resulting order must therefore be distinguished from the spontaneous origin of the rules on which it rests, and it is possible that an order which would still have to be described as spontaneous rests on rules which are entirely the result of deliberate design” (Hayek 1973, S. 45). Dieser Prozess der Herausbildung von Institutionen ohne bewusste Vereinbarung oder Planung lässt zu, dass Institutionen, die in einem anderen Zusammenhang (z.B. in der religiös-sakralen Sphäre) entstanden sind, (zufällig) auf andere Bereiche übertragen werden.

Eine dritte Strategie der Vereinbarkeit könnte darin liegen, davon auszugehen, dass die Geldentstehung in nicht ausdifferenzierten Gesellschaften verortet ist. Diese Vorstellung setzt an der Systemtheorie von Luhmann an (Vgl. Luhmann 1994). Luhmann sieht die gesellschaftliche Entwicklung als Ausdifferenzierung von Subsystemen (Religion, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik). Diese Subsysteme benötigen, um sich als eigene autopoietische Systeme konstituieren zu können, ein eigenes, nur für sie geltendes Prinzip der Konstitution von Einheit, für das es in ihrer Umwelt keine Entsprechung gibt. Sie folgen eigenen Systemrationalitäten und verwenden eigene Codes der Kommunikation. So gewinnt die Wirtschaft ihre Einheit als autopoietisches, sich selbst produzierendes und reproduzierendes System dadurch, dass sie eine eigene Typik von Elementen verwendet, die nur in der Wirtschaft vorkommen und nur in ihr, das heißt nur in rekursivem Bezug auf andere Elemente desselben Systems ihrer Einheit gewinnen (Vgl. Luhmann 1994, S. 52). Geld hat in einer ausdifferenzierten Wirtschaft demnach nur die Funktion die Transaktionskosten in der Organisation wirtschaftlicher Aktivitäten zu senken. Im Umkehrschluss kann daraus gefolgert werden, dass in nicht ausdifferenzierten Gesellschaften, wie dies die homerische ohne Zweifel war, „Geld“ multiple Funktionen hatte:

- Es diene als Kommunikationsmedium im sakralen Bereich zwischen den Göttern und Menschen durch das Opfer,
- es diene als Kohärenzmedium im labilen, weil wettbewerblich⁶ und nur eingeschränkt hierarchisch ausgeprägten Verhältnis von Oikosherren und

6 Dazu Ulf: „Die homerischen Epen kennen keinen mit institutionell verankerter Macht ausgestatteten König. Die Figur, die man stets für einen König hielt, ist nur eine der Personen, welche durch besondere Fähigkeiten in verschiedenen Bereichen hervorragen. Jemand ist deshalb Basileus, weil er aufgrund der Summe seiner Qualitäten besser als jeder andere Schwierigkeiten, die den Demos betreffen, zu dessen Vorteil zu lösen imstande ist. Geht er seiner Qualitäten verlustig oder handelt er aus anderem Grund gegen die Interessen des Demos, droht ihm der Verlust der ihm zugestandenen Führungsposition. (...) Jeder der Basilees und diese als Gruppe tendieren dazu, die ihnen aufgrund ihrer Qualitäten zugestandenen Privilegien der Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu entziehen und in ihrer Familie zu tradieren. Ist zwar dieser Trend sichtbar, so lässt sich dennoch kein Beispiel erkennen, dass diese Absicht unbestritten erfolgreich gewesen wäre“ Ulf 1990, S. 213/214. “Sie (die Oberbasilees, Ergänzung durch den Verfasser, E. T.) lassen sich daher als big-men interpretieren, die durch persönlichen Einsatz und Leistungsstärke Abhängigkeiten zu erzeugen vermochten, die ihnen diese vergleichsweise labile Einflussnahme auf einen über die eigene Abstammungsgruppe ein großes Stück hinausreichenden Kreis ermöglicht haben. Um diese Anführer gruppieren sich die Hetairoi unterschiedlicher Art, die aber niemals in einer Form der Abhängigkeit erscheinen, die die Aufhebung die-

„Gefolgschaftskreisen“ (Angehörige des Oikos, Hetairoi, Basilees, Geronten, etc.),

- es diene ursprünglich als Siegespreis⁷ bei öffentlichen Wettkämpfen, welche allerdings von der religiös-sakralen und politischen Sphäre noch nicht geschieden waren.

Aus dem multiplen Funktionszusammenhang von Geld in dieser Gesellschaft können auch Rückschlüsse auf den Entstehungszusammenhang und auf die Entstehungsursachen von Geld gezogen werden. Im Sinne eines systemfunktionalistischen Ansatzes musste Geld multiple Funktionen erfüllen.

4.2. Der Konnex von Kultur und Ökonomie: ein systematischer Vermittlungsversuch

4.2.1. Der gewählte Zugang

Die vierte Stossrichtung ist nicht vollkommen von den bisher dargestellten Vereinbarungansätzen zu unterscheiden, da sie einzelne Teile davon aufgreift. Sie versucht aber das Problem grundsätzlicher anzugehen. Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, dass im Sinne der Systemtheorie von Luhmann (Vgl. Luhmann 1994) die beiden Erklärungsansätze Transaktionskostentheorie und Opfertheorie des Geldes unterschiedlichen Sphären entstammen, einerseits der ökonomischen Sphäre, andererseits der sakral-kulturellen Sphäre. Dies provoziert die Frage, wie die Ökonomik generell mit den Phänomenen Kultur umgeht. Der Begriff „Kultur“ ist in diesem Zusammenhang relativ umfassend zu verstehen. Kultur sind formlose Institutionen, die der Übertragung von Wissen, Werten und anderen verhaltensrelevanten Faktoren mittels Lehre und Nachahmung von einer Generation auf die nächste dienen. Die Kultur bietet demnach ein sprachgebundenes begriffliches Bezugssystem zur Verschlüsselung und Deutung von Informationen. „Culture appears to be a mixture of „choices“ from immensely long menus of behavior, though of course in reality individuals become highly conditioned and do not perceive themselves as having free choices“ (Jones 1995, S. 271.)

Kulturelle Phänomene nehmen in ökonomischen Theorierichtungen unterschiedliche Positionen ein. Auf Jones geht eine Kategorisierung dieser Einstellungen in:

- Cultural Nullity
- Cultural Fixity
- Cultural Reciprocity

ses Gefolgschaftsverhältnisses unmöglich oder auch nur besonders schwierig werden ließe“ Ulf 1990, S. 224.

7 Dazu Laum: „Ein wichtiger Teil des Opfers bzw. des Opferfestes war der Wettkampf; bei jedem größeren Feste fanden auch Agone statt. Der Agon ist unmittelbar aus dem Kult erwachsen, ist deshalb ein integrierender Bestandteil des sakralen Aktes, die Kampfspiele hatten religiöse Bedeutung. (...) Da Teilnahme am Wettkampf eine Dienstleistung sakraler Art war, so wird man den vorhergehenden Darlegungen geneigt sein, den Kampfpriis wieder in einem sakralen Gut zu suchen. Das trifft nun in der Tat zu. Bei vielen Agonen erhielt der Sieger einen Anteil am Opfertier als Prämie“ Laum 1924, S. 57.

zurück (Vgl. Jones 1995, S. 272 ff.). Im folgenden sollen diese drei Grundpositionen kurz charakterisiert und die Auswirkungen auf unsere Fragestellung beleuchtet werden.

4.2.2. Kultur dominiert Ökonomie

Das Konzept der „Cultural Fixity“ geht davon aus, „that cultures never change merely that they believe cultures encompass the economy and, insofar, as they change, do so autonomously. This is the usual approach among anthropologists, especially the substantivists, and among many sociologists and historians, though the sociologists probably tend to believe that modernization will eventually win out over tradition. As Clifford Geertz, one of the most voluminous writers in this genre, says, culture is “observable as agriculture”. (...) Whereas Cultural Nullity denies the independence of culture and largely discourages economists from turning their spotlight on it, Cultural Fixity makes the economy a child of culture and excludes the possibility of explaining culture by economic reasoning. In the “fixity” canon, cultures are the living things which dominate and decide; economies essentially arise from them or at least adapt to them” (Jones 1995, S. 276). Mehr noch, die Wirtschaft ist in die lokale Kultur eingebettet. Im allgemeinen wird in diesem Kontext über die Entstehung und Veränderung von Kultur nicht ausführlich Stellung genommen. Es wird zwar konzediert, dass Kulturen ihre Geschichte haben, aber sie sollen als gegeben angesehen werden und es soll davon ausgegangen werden, dass sich die Wirtschaft an den kulturellen Rahmen anpasst.

Akzeptiert man diese Position der Cultural Fixity, dann ist eine Anwendung ökonomischer Theorien, die einen genau spezifizierten ideengeschichtlichen Hintergrund haben, auf Gesellschaften, die eine grundlegend abweichende ideengeschichtliche Basis haben, nicht möglich. Diese Charakterisierung wäre ohne Zweifel für die Transaktionskostentheorie des Geldes gegeben. Sie stellt – wie bereits gezeigt wurde – eine Weiterentwicklung des neoklassischen Paradigmas dar, welches sich zwangsläufig in vielen Bereichen von der griechischen Gedankenwelt – auch des Alltagslebens - unterscheidet.

4.2.3. Ökonomie dominiert Kultur

Cultural Nullity ist die Position, die vor allem von Ökonomen in der neoklassischen Tradition und von den Vertretern der Neuen Institutionenökonomik in der Frühphase der Theorieentwicklung vertreten wurde. Die Position hat im wesentlichen zwei Ausprägungen. „The first is that culture, while it may exist „out there“, so to speak, in the realms of anthropology, is extraneous and of no economic significance. It may be ignored. One suspects that this position is more forgetful than analytical or even that amnesia is a mere convention, a circular effect of the way many working economists tend to pass over topics that other working economists tacitly agree to pass over, especially if those topics may be presumed to fall under the rubric of some other social science. The second position is little more thoughtful but involves making a rapid judgement that, whereas culture no doubt exists, it lacks analytical substance because it is subordinate to and automatically adjusts to economic requirements, meaning that economists may accord it the merest glance

but then get on with their real task of analysing the economy. These may be different attitudes, strictly speaking, but their practical effect in dismissing the topic is much the same. The doctrinal assumption that all matters can and should be explained within existing theory leads to direct extrusion of culture" (Jones, 1995, S. 273). Zur Position der „Cultural Nullity“ muss letztlich auch der Versuch gezählt werden, kulturelle Phänomene (ausschließlich) ökonomisch zu erklären. Diese Position werde von der Neuen Institutionenökonomik in der Frühphase vertreten.

Die Neue Institutionenökonomik (NIÖ) setzt sich mit der systematischen Analyse der Entstehung, des Designs und der Wirkungen von Institutionen auseinander. Sie baut in zentralen Annahmen auf dem Theoriegebäude der Neoklassik auf, versucht aber andererseits auf eine Reihe von Problemen, die von der Neoklassik (bewusst) ausgeblendet werden, Antworten zu geben.

Wissenschaftliche Forschungsprogramme lassen sich durch vier Bestandteile abgrenzen: einen harten Kern, der die unverzichtbaren Grundannahmen des Forschungsprogramms umfasst, ein Set von Hilfhypothesen, die den Kern umschließen, eine positive Heuristik, die Forschungswege öffnen soll und eine negative Heuristik, die Forschungswege ausschließen soll. Dieser Ansatz erweist sich als ausgezeichnet geeignet, die Institutionenökonomik in knapper Form zu charakterisieren. Zum harten Kern der NIÖ zählen im Hinblick auf das unterstellte Menschenbild das Individualprinzip und die Rationalitätsannahme. Hinsichtlich der Erklärungsebene folgt die NIÖ dem Prinzip des methodologischen Individualismus. Dies bedeutet, dass soziale Systeme und Phänomene letztlich aus den Eigenschaften und Handlungen von Individuen in Verbindung mit bestimmten Anreizsystemen zu erklären sind. Die NIÖ trifft keine Aussage über das Verhalten genau spezifizierter Individuen sondern stellt das Verhalten von repräsentativen Individuen in den Vordergrund. Daraus resultieren Musteraussagen.

Diese Bestandteile des harten Kerns der NIÖ finden sich (bereits) in der Neoklassik. Hinsichtlich der Funktionsbedingungen bzw. -fähigkeit von Institutionen unterscheidet sich die NIÖ jedoch von der Neoklassik. Die NIÖ baut ihre Theorie der Erklärung und Wirkung von Institutionen auf der Existenz positiver Transaktionskosten auf. Unter Transaktionskosten werden dabei alle Kosten subsummiert, die erstens mit der Bereitstellung einer Institution sowie zweitens mit der Nutzung derselben verbunden sind. Es handelt sich dabei vor allem um Kosten öffentlicher Entscheidungen, der Sicherung von Verfügungsrechten bzw. der Aufrechterhaltung von Koordinationsmechanismen. Der zweite Typ von Transaktionskosten besteht insbesondere aus Kosten der direkten Nutzung von Institutionen wie des Marktes, der Unternehmung, öffentlicher Abstimmungsmechanismen, etc... Die Bedeutung der Transaktionskosten für die Gestaltung von Institutionen gipfelt in der Feststellung, dass ohne die Existenz derselben die Auswahl von Institutionen weder möglich noch notwendig sei, da unter Effizienzgesichtspunkten alle Institutionen gleichwertig wären.

Der Schutzgürtel der NIÖ enthält Aussagen, die zur Absicherung des skizzierten harten Kerns notwendig sind. Ein Teil dieser Aussagen sind auch Teil der Annahmen des neoklassischen Forschungsprogramms. Eine Erweiterung erfährt das neoklas-

sische Programm insofern, als Vereinbarungen über institutionelle Arrangements nach dem Konsensprinzip als spezielle Variante des Pareto-Prinzips gesehen werden. Die NIÖ betont im weiteren die Rolle der institutionellen Ausgestaltung für das Funktionieren des Marktmechanismus und für die Optimalität der Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Schließlich lässt die NIÖ ein breiteres Spektrum an Verhaltensweisen (Opportunismus, Verfolgung von Eigeninteressen, Gehorsam) von Individuen zu.

Hinsichtlich der forschungsleitenden positiven Heuristik steht das Postulat der Trennung von Präferenzen und Restriktionen im Vordergrund. Präferenzen werden in diesem Zusammenhang als relativ stabil und uniform angesehen. Entscheidend für das Verhalten der Individuen und damit für die Existenz sozialer Phänomene ist die Ausgestaltung von Institutionen.

Die Wahl des institutionellen Designs (z.B. des Geldwesens) kann wie folgt strukturiert werden. Zur Auswahl stehen mehrere institutionelle Alternativen. Durch Anwendung eines Auswahlkriteriums wird eine bestimmte institutionelle Alternative gewählt. Für den externen Beobachter sind auf Basis der Auswahlkriterien Mustervoraussagen möglich. Wichtig für die Musteraussagen sind die angewendeten Auswahlkriterien. Diese Auswahlkriterien können einerseits explizit durch eine Institution (z.B. eine verfassunggebende Versammlung, eine Regulierungsbehörde) formuliert und angewendet werden. Die Institutionenauswahl kann aber auch evolutorisch⁸⁾ erfolgen, ohne dass ein Auswahlgremium explizit existiert. In den frühen Theorien der Neuen Institutionenökonomik wird die Institutionenwahl durch das Kriterium der Transaktionseffizienz dominiert: es wird jene institutionelle Alternative gewählt, die die Nettowohlfahrt maximiert.⁹⁾ Als Nettowohlfahrt wird dabei der Nutzen aus der institutionellen Alternative abzüglich der Kosten für Produktion und Transaktion definiert. Damit die Alternativenwahl tatsächlich durch das Kriterium der Transaktionseffizienz dominiert wird, sind entsprechende Ausgangsbedingungen zu formulieren. Solche sind z.B. die Existenz eines vollkommenen politischen Wettbewerbs, die Maximierung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion durch die Entscheidungsträger, die Entscheidung unter dem „Schleier der Ungewissheit“.

Von dieser (ausschließlichen) Orientierung an der Minimierung der Transaktionskosten wird auch die Transaktionskostentheorie des Geldes geleitet. Letztlich existiert hier keine explizite Auswahlinstitution in Form einer Organisation (z.B. eine Währungsbehörde). Der Auswahlprozess ergibt sich aus der Interaktion der Wirtschaftssubjekte. Insofern folgt die Transaktionskostentheorie des Geldes dem Prinzip der Cultural Nullity.

Im Rahmen der neueren Entwicklungen in der Neuen Institutionellen Ökonomik hat es allerdings Versuche gegeben, die Kriterien der Institutionenwahl in Abhängigkeit von der Auswahlkonstellation explizit zu machen (Vgl. North 1992):

8 Diese Form der Herausbildung von Institutionen wird insbesondere von der Österreichischen Schule der Nationalökonomie betont. Vgl. Menger 1892, Hayek 1973.

9 Vgl. dazu beispielsweise den Erklärungsversuch der mittelalterlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bei North/Thomas 1973.

- So hat die Wahl einer bestimmten institutionellen Alternative, etwa eine bestimmte Form der Zuordnung von Eigentumsrechten in einem bisher gemeinsam genutzten Ressourcenpool (z.B. Weidegebiet, Fischgründe) oder die Wahl eines bestimmten Gutes als „Geld“ nicht nur allokativen, sondern auch verteilungspolitische Konsequenzen. Letztere können den Entscheidungsträger direkt treffen/begünstigen. Sie können aber auch über die Verteilung von Gewinnen und Verlusten institutioneller Arrangements auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zurückwirken und sich in politischen Kosten und Nutzen niederschlagen.
- Im weiteren weisen ökonomische und politikwissenschaftliche Analysen der Funktionsweise von politischen Systemen übereinstimmend auf die Schwierigkeiten hin, Anfangsbedingungen, die eine ausschließliche Orientierung am Kriterium der Allokationseffizienz wahrscheinlich machen, institutionell zu verankern.

Unter Verwendung unterschiedlicher Begrifflichkeiten wird daher neben der Transaktionseffizienz ein zweites Auswahlkriterium in die Analyse eingeführt, nämlich das der Politischen Opportunität. Dazu beispielsweise North: „Wenn Wirtschaften Tauschgewinne realisieren, indem sie relativ effiziente Institutionen schaffen, so geschieht das deshalb, weil unter gewissen Umständen die privaten Ziele derjenigen, die genügend Verhandlungsmacht haben, um die Institutionen verändern zu können, institutionelle Lösungen bewirken, die sich als sozial effizient erweisen oder doch zu solchen werden. Die subjektiven Modelle der Akteure, der Erfolg der Institutionen bei der Senkung der Transaktionskosten und das Ausmaß, in dem die Institutionen formbar sind und auf Veränderungen der Präferenzen bzw. der relativen Preise reagieren, bestimmen diese Umstände“ (North, 1992, S. 19 f.). Vielfach wird auch vom „rent-seeking“ in den institutionellen Entscheidungssituationen gesprochen. Je stärker das Kriterium der Opportunität zur Geltung kommt, desto mehr Kompetenzen eignen sich die institutionensetzenden Akteure an, auch wenn dies zu ineffizienten institutionellen Arrangements führen sollte.

Die Einführung eines zweiten Auswahlkriteriums erhöht die Varietät der möglichen Ergebnisse. Diese Erweiterung ist positiv zu beurteilen, weil das Kriterium der Transaktionseffizienz zu Vorhersagen führt, die keineswegs die in der Realität beobachtbare Varietät in der institutionellen Ausgestaltung aufweisen. Dies auch deswegen, weil zur Bereitstellung ähnlicher Leistungen äußerst unterschiedliche institutionelle Arrangements gewählt werden, die nicht alle transaktionseffizient sein können. Die Einführung der (politischen) Opportunität ist aber andererseits auch negativ zu bewerten, weil Aussagen von größter Varietät möglich sind. Das Kriterium der Opportunität wird vielfach ad hoc eingeführt, wodurch der Erklärungswert des Ansatzes stark eingeschränkt wird. Dadurch entsteht die Gefahr von empirisch nicht überprüfbaren Aussagen. Der Ausweg kann nur darin liegen, die institutionellen Bedingungen, die Opportunität vermuten lassen, unabhängig von der gewählten Alternative möglichst exakt zu beschreiben. Damit kann der Alternativenraum bei unterschiedlichen Kombinationen der beiden Auswahlkriterien hinreichend genau abgesteckt werden. Diese Erweiterung ver-

harrt letztlich im Konzept der Cultural Nullity, bezieht aber die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der Institutionenwahl ein. Insbesondere wird der Staat als wichtiger Akteur bei der Wahl von ökonomischen Institutionen integriert. Auch wurde berücksichtigt, dass institutionelle Designs (z.B. eine Geldordnung) den Charakter von Netzwerksgütern bzw. öffentlichen Gütern haben können und daher die Gefahr von Situationen des Gefangenendilemmas und von Trittbrettfahrer-Verhalten besteht.

Eine systematische Anwendung dieser Erweiterung auf die Geldentstehung müsste in einem ersten Schritt klar machen, dass Geldentstehung nicht als technischer Vorgang der Geldschaffung zu begreifen ist, sondern die Herausbildung einer Ordnung, nämlich der Geldordnung bedeutet. Monetäre Institutionen – auch wenn sie als „primitiv“ eingestuft werden, umfassen letztlich alle Normen, welche die Verwendung von Geld, seine Schaffung und seine Steuerung zum Inhalt haben. Darunter fallen so verschiedenartige Angelegenheiten wie die Maßnahmen und Mechanismen zur Erreichung jener Ziele, die mit dem Geldwesen und seiner Ausgestaltung in einer Gesellschaft erreicht werden sollen, aber auch die grundsätzliche Entscheidung, Geld als Form der ökonomischen Koordination zu verwenden. Dabei sind auch die Verbindungen der Geldordnung zu anderen Ordnungen der Wirtschaft (Wettbewerbsordnung, Sozialordnung, etc.) zu thematisieren und die Hierarchie von Ordnungen zu beschreiben. Die Anwendung der NIO auf die Geldentstehung bzw. –entwicklung hat dann im Sinne einer „Institutionenwahl“ die Anfangsbedingungen zu spezifizieren, die für die Wahl der Geldausgestaltung bzw. für die Bedeutung der beiden Entscheidungskriterien Transaktionseffizienz und Politische Opportunität von Bedeutung sind. Dabei ist mit zu berücksichtigen, dass mehrere Gruppen im Rahmen der Herausbildung von Geld involviert sind und dabei asymmetrische Beziehungen bestehen können, die Prinzipal-Agent-Situationen zur Folge haben, deren Lösung komplexe institutionelle Arrangements benötigt.

Die wichtigste Erweiterung, welche die Neue Institutionenökonomik in den letzten Jahren erfahren hat, ist die Einführung informeller Institutionen (vgl. North 1992). Sie können mit dem hier verwendeten Begriff der Kultur gut umschrieben werden. In den verschiedenen Nachbarwissenschaften der Wirtschaftswissenschaften wird der Terminus der informellen Institutionen durch andere Begrifflichkeiten relativ gut abgedeckt. So verwendet Mann in seiner Darstellung der vier Quellen und Organisationsformen von Macht dafür den Begriff der ideologischen Macht (vgl. Mann 1990, S. 46). Er subsumiert darunter drei eng miteinander verknüpfte Sachverhalte. Ideologien sind Stützen der Welterklärung, weil sie sinngebende Begriffe und Kategorien vermitteln. Dies bedeutet auch, dass diejenigen, die das Recht auf Sinngebung monopolisieren kollektive und distributive Macht ausüben. Zweitens sind Normen im Sinne einer verbindlichen gemeinsamen Vorstellung davon, wie Menschen in ihrem Verhältnis zueinander moralisch handeln sollen, für eine länger dauernde und stabile Kooperation unumgänglich. Eine ideologische Bewegung, die das wechselseitige Vertrauen und die kollektive Moral einer Gruppe steigert, kann damit zugleich ihre kollektive Macht vermehren und durch eifrigere Gefolgschaft belohnt werden. Die Monopo-

lisierung von Normen ist somit ein Weg zur Macht. Die dritte Quelle ideologischer Macht sind ästhetische und rituelle Praktiken. Sie lassen sich nicht auf rationale Wissenschaft reduzieren. „Wie jedermann – mit Ausnahme von besonders glühenden Materialisten – weiß, ist es so, dass dort, wo Sinnggebung, Normen und ästhetische und rituelle Praktiken von einer bestimmten Gruppe monopolisiert werden, diese eine beträchtliche extensive und intensive Macht ausübt. Sie kann ihre Funktionalität nutzen, um ihrer kollektiven Macht die distributive hinzuzufügen“ (Mann 1990, S. 47.)

Das Mann'sche Konzept der ideologischen Macht kommt dem Berger/Luckmann'schen Konzept der Sinnwelten sehr nahe (Vgl. Berger/Luckmann 1980). Ausgangspunkt bei Berger/Luckmann ist ähnlich wie bei Mann die Tatsache, dass Realität immer gedachte, konstruierte Wirklichkeit darstellt. Der Einzelne bewegt sich vor dem Hintergrund einer Lebenswelt, die die natürliche, unaufhebbare Basis seiner Weltbetrachtung darstellt. Er konstruiert bzw. erfasst die Welt mittels eines Wissensvorrates, der aus Ablagerungen von Erfahrungen besteht. Die Wirklichkeit wird als Vorordnung erfahren. Diese Vorordnung kann aber nicht beliebig sein, sondern ist – mit einer gewissen Streubreite – an die tatsächlich gegebenen Strukturen gebunden. Wesentliches Medium der Kommunikation, Verbreitung und Aufrechterhaltung dieser Wirklichkeitsordnung ist die Sprache. Sie stellt die Intersubjektivität der Wirklichkeitsdeutung her. Sinnwelten stellen zwar ein kohärentes, aber in vielen Fällen nicht ein alle Dimensionen erfassendes Betrachtungssystem dar. Sie konzentrieren sich vielmehr auf zentrale gesellschaftliche Werte. Systeme von Sinnwelten bedürfen der Legitimation. Berger/Luckmann unterscheiden vier Ebenen der Legitimation, die von einfachen Aussagen ohne jeglichen Beweischarakter über theoretische Postulate in rudimentärer Form, über explizite Legitimationstheorien von gesellschaftlichen Ausschnitten zu symbolischen Sinnwelten reichen. Letztere stellen synoptische Traditionsgesamtheiten dar, die verschiedene Sinnprovinzen integrieren und die institutionelle Ordnung als symbolische Realität überhöhen. Sie rekurrieren damit auf eine Wirklichkeit jenseits der Alltagserfahrung, stellen kognitive Konstruktionen theoretischer Natur dar. Symbolische Sinnwelten sind als Matrix aller gesellschaftlich objektivierten und subjektiv wirklichen Sinnhaftigkeit zu verstehen. Sinnwelten bedürfen für ihre Stabilität Stützkonzeptionen. Mythologie, Theologie, Philosophie und Wissenschaft stellen wichtige Typen für solche Konzeptionen dar (vgl. Berger/Luckmann 1980, S. 118 ff.).

In den Geschichtswissenschaften wird das, was Ökonomen als informelle Institutionen, Soziologen als ideologische Macht bzw. Sinnwelten bezeichnen, als Mentalitätsgeschichte bzw. als Historische Mentalität umschrieben (vgl. beispielsweise Dinzelbacher 1993). „Historische Mentalität ist das Ensemble der Weisen und Inhalte des Denkens und Empfindens, das für ein bestimmtes Kollektiv in einer bestimmten Zeit prägend ist“ (Dinzelbacher, 1993, S. XXI). Solche Ensembles sind nicht unbedingt widerspruchsfreie Systeme, sondern können auch dialektische Komponenten enthalten, die ihrerseits zur Mentalitätstransformation führen können. Zu den Denkinhalten zählen die in einer Kultur allgemein geltenden Grundüberzeugungen, ideologische, politische, religiöse, ethische, ästhetische

Konzepte, die die Einzelbereiche von Religion, Kultur, Kunst usw. durchdringen, insoweit sie bewusst sind. Diese Inhalte sind prinzipiell verbalisierbar und Gegenstand der diskursiven Reflexion. Allerdings umfassen sie auch faktisch nur bildhaft realisierbare Vorstellungen wie Bilder, Metaphern und Allegorien. Mentalitätsgeschichte ist die Geschichte von der Langsamkeit in der Geschichte.

Wie bereits ausgeführt wurde, haben sich die Wirtschaftswissenschaften, insoweit sie sich dem Konzept der „Cultural Nullity“ verpflichtet fühlen, die Existenz von informellen Institutionen entweder als irrelevant abgelehnt oder versucht sie ökonomisch zu erklären. Stigler/Becker (1977) lehnen es beispielsweise ab, ökonomische Phänomene mit Hilfe von Wandlungen in den Präferenzstrukturen zu erklären. Diskussionen über Präferenzen und damit auch über Mentalitäten, Ideologien, Sinnwelten, die zur Reflexion der Präferenzen dienen, werden als unnötig, schädlich, ja sogar als Ausdruck intellektueller Trägheit gebrandmarkt. Sie sind exogen vorgegeben und sind zudem über alle Wirtschaftssubjekte, Kulturen und Zeiten hinweg inhaltlich gleich und konstant. Stigler/Becker drücken dies sehr plakativ mit dem folgenden Zitat aus: „Our title (*De Gustibus Non Est Disputandum*, Ergänzung durch den Verfasser, E. Theurl) seem to be capable of another and preferable interpretation: that tastes neither change capriciously nor differ importantly between people. On this interpretation one does not argue over tastes for the same reason that one does not argue over the Rocky Mountains – both are there, will be there next year, too and are the same to all men“ (Stigler/Becker 1977, S. 76.) Die wissenschaftstheoretische Botschaft von Stigler/Becker besteht darin, den Wandel ökonomischer und sozialer Phänomene immer mit der Veränderung von Restriktionen (z.B. relative Preise, Einkommen) zu erklären und nicht auf Ad hoc-Erklärungen (z.B. Mentalitätsänderungen) zu rekurrieren. Diese Vorgangsweise macht als heuristisches Verfahren durchaus Sinn. Zu Ende gedacht, führt sie jedoch zum gleichen Ergebnis, wie die Ad hoc-Erklärungen auf der Präferenzebene. Lassen sich nämlich relative Preise nicht mehr intersubjektiv beobachten, sondern stellen sie lediglich subjektive Kostenrelationen dar, dann sind die Hypothesen nicht mehr falsifizierbar. Die Theorie verkommt zur Tautologie.

4.2.4. Kultur und Wirtschaft sind reziprok

Eine vermittelnde Position zwischen der „Cultural Nullity“ und der „Cultural Fixity“ stellt das Konzept der „Cultural Reciprocity“ dar. „Cultural Reciprocity is the approach which opens the most promising research agenda. It does not start by assuming, or effectively assuming, that culture and the economy exert no reciprocal influences. Culture is not a given, economics is not necessarily divorced from the cultural context, but not is culture exempt from economic influence. Unlike the implied “fixity” position, culture is a process, not an end-state. This seems the proper scientific starting-point.“ (Jones 1995, S. 277/278). Ein Konzept der „Cultural Reciprocity“ umfasst mehrere Bereiche. Es bedeutet, dass die beiden Subsysteme Wirtschaft und Kultur aufeinander einwirken. Teilweise stellen sie Substitute dar, teilweise sind sie komplementär. Diese Wirkung ist in der Neuen Institutionenökonomik mittlerweile anerkannt. Informelle Institutionen können die Transaktionskosten im wirtschaftlichen Verkehr senken, da sie kostenintensive

formgebundene Regelungen substituieren können, da sie das bei der Einführung formgebundener Regeln zwangsläufig auftretende Gefangenendilemma beseitigen helfen, da sie helfen, die negativen Auswirkungen von Informationsasymmetrien zu beseitigen, da sie Entscheidungs- und Kontrollkosten reduzieren, da sie das Free-Rider-Verhalten im Rahmen von Teamproduktionen eindämmen, da sie bestehende Ordnungen legitimieren und stabilisieren und da sie tragische Entscheidungssituationen abschwächen helfen. „Cultural Reciprocity“ bedeutet auch, dass Veränderungen in den beiden Bereichen im jeweils anderen Bereich bzw. durch das Zusammenwirken der beiden Bereiche ausgelöst werden können. Eine solche Form der Reziprozität wurden beispielsweise von Hirschman vorgestellt (vgl. Hirschman 1984). Hirschman verwendet dafür das Konzept hierarchischer Präferenzstrukturen und unterscheidet zwischen Präferenzen erster und zweiter Ordnung. Präferenzen erster Ordnung sind Präferenzen für Güter im neoklassischen Sinne. Wesentliche Aufgabe der Präferenzen zweiter Ordnung – Metapräferenzen – ist die reflexive Selbstbewertung der Präferenzen erster Ordnung. Die genannten Konzepte der Sinnwelten, der ideologischen Macht und der historischen Mentalität stellen in diesem Konzept Präferenzen zweiter Ordnung dar. Aus der Interaktion der beiden Ebenen können dann Änderungen im ökonomischen Verhalten, aber auch Veränderungen in den informellen Institutionen resultieren.

Cultural Reciprocity bedeutet letztlich auch eine Absage an einen umfassenden Erklärungsanspruch von wissenschaftlichen Disziplinen. Wissenschaften werden zwar nach dem Erkenntnisinteresse abgegrenzt und sind daher vom Erkenntnisgegenstand her offen. Dies bedeutet aber nicht, dass einzelne Wissenschaften nicht bei der Erklärung bestimmter Phänomene und Entwicklungen Vorteile gegenüber anderen haben.

5. Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen können aus diesen Überlegungen gezogen werden? Die Diskussion der Frage, ob Geld aus seiner Fähigkeit entstanden ist, Transaktionskosten zu senken oder ob es der sakralen Sphäre entstammt, führt direkt zu fundamentalen Fragestellungen der wissenschaftlichen Theoriebildung. Die Auffassung wird im wesentlichen davon abhängen, welche der drei geschilderten Positionen vertreten wird. Dabei erscheint die Position der Reziprozität zwischen Kultur und Ökonomie am fruchtbarsten, gleichzeitig aber auch mit den größten Herausforderungen verbunden zu sein. Sie ist mit zahlreichen dialektischen Beziehungen konfrontiert. Die Leistungsfähigkeit der Neuen Institutionenökonomik bei der Erklärung von Geldordnungen ist allerdings diesbezüglich noch nicht ausreichend genutzt worden. Gerade die jüngeren Entwicklungen in der Währungsunion zeigen, dass ohne Rückgriff auf die Mentalitätsgeschichte Entwicklungen in der Geldordnung nicht adäquat erklärt werden können. Geldsysteme sind und bleiben neben ihrer Funktion der Transaktionskostensenkung auch Interpretationsgemeinschaften wirtschaftlicher und politischer Phänomene.

Literatur

- Aristoteles, Politik, übersetzt und mit erklärenden Anmerkungen versehen von Eugen Rolfes, Hamburg 1981.
- Brunner, K., Meltzer, A. H. (1971), The Use of Money in the Theory of an Exchange Economy, *American Economic Review*, Vol. 60, S. 784 – 805.
- Dinzelbacher, P. (1993), Europäische Mentalitätsgeschichte – Hauptthemen in Einzeldarstellungen, Stuttgart.
- Friedman, M.: The Methodology of Positive Economics, in: Friedman, M. (ed.), *Essays in Positive Economics*, Chicago-London 1953, S. 3 – 43.
- Hayek, F. A. (1973), *Law, Legislation and Liberty* (Vol. I: Rules and Order), London-Henley.
- Hirschman, A. O. (1984), Engagement und Enttäuschung. Über die Schwankungen des Bürgers zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt.
- Heinson, G., Steiger, O. (1997), Kontroversen der Geldentstehung: Streit um die Anfänge des Geldes, IKSF-Discussion Paper No. 11.
- Jones, E. L. (1993), Culture and its Relationship to Economic Change, *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Vol. 151/2, S. 269 – 285.
- Jones, R. A. (1976), The Origin and Development of Media of Exchange, *Journal of Political Economy* 1976, Vol. 84, S. 757 – 775.
- Knapp, G. F. (1905), *Staatliche Theorie des Geldes*, München-Leipzig.
- Laum, B. (1924), *Heiliges Geld: Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes*, Tübingen.
- Luhmann, N. (1994), *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt.
- Mann, M. (1990), *Geschichte der Macht*, Bd. 1, Von den Anfängen bis zur griechischen Antike, Frankfurt.
- Menger, C. (1883), *Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie*, Leipzig.
- Menger, C. (1909), Geld, in: Conrad, J., et al., (Hrsg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaft*, 4. Bd., Jena, S. 555 – 610.
- North, D. C., (1990), *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- North, D. C., Thomas, R., P. (1973), *The Rise of the Western World: A New Economic History*, Cambridge.
- Smith, A. (1776), *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, herausgegeben von E. Cannan, New York (1904).
- Stigler, G. J., Becker, G. G. (1977), De Gustibus Non Est Disputandum, *American Economic Review*, Vol. 67, S. 76 – 90.
- Ulf, Ch. (1990), *Die homerische Gesellschaft – Materialien zur analytischen Beschreibung und historischen Lokalisierung*, München.